

(in alphabetischer Reihenfolge) die Bundeswehr, die Gewerkschaften, die Kirchen und die Privatwirtschaft.

Ich fasse zusammen:

In den Bildungseinrichtungen müssen jetzt die Grundlagen gelegt werden, um die Welt mit friedlichen Mitteln zu verändern. Gesellschaftliche Widerstandskraft, Gewaltfreiheit und Empathie sind die Kompetenzen, die die Jugend für die Veränderungsaufgaben braucht. Gewalt gestützte Institutionen wie die Bundeswehr stören die Entfaltung von Gewaltfreiheit und die Erziehung zum Frieden in der Schule. Mit der Einführung des Projektfaches »Friedensbildung« kann der Transformationsprozess zur »Schule der Gewaltfreiheit« vorangebracht werden.

Die politischen Eliten in Deutschland werden das zu verhindern suchen. Noch sind sie nicht bereit, die gewaltfreien Aktionen sozialer Bewegungen als Ausdruck eines demokratischen BürgerInnen-Willens anerkennen und deren Forderungen umsetzen zu können. Aber nur, wenn sie die Gewaltfreiheit als Handlungsoption praktizieren und propagieren, werden die PolitikerInnen in Zukunft demokratisch legitimiert sein.

In der Schule ist schon jetzt der Raum für die Auseinandersetzung mit den gewaltfreien Aktionen der Occupy-Bewegung gegen die Macht der Banken, der Friedensbewegung gegen den Afghanistankrieg und andere Kriege, der Umweltbewegung gegen Atomkraftwerke, Atomtransporte und Klimagefährdungen, der Menschenrechtsbewegung gegen Ausspionierung und Datenmissbrauch, der antifaschistischen Bewegung gegen rechtsextremistische Gewalt oder der Genderbewegung gegen geschlechtliche Fremdbestimmtheit.

In der Schule ist der richtige Ort, die Kritik an politischen Fehlentscheidungen in Forderungen und Vorschläge für zukünftige Entwicklungen umzuwandeln. Dringend notwendig sind weitere Transformationsprozesse im Schulsystem, um die Prinzipien der Gewaltfreiheit und der Solidarität zur Geltung bringen zu können.

Die Friedensbewegung sollte die Chance wahrnehmen, jetzt die Themen der Friedensbildung nicht nur zu benennen, sondern sie auch zu »besetzen«. Damit würde die Friedensbewegung zum Trendsetter bei der Arbeit am Frieden in der Schule werden. Gerne möchte ich mich möglichst bald mit euch zur Weiterarbeit an der Friedensbildung und beim »Trendsetzen« treffen.

Denn: »Schulfrei für die Bundeswehr!« – Dabei soll es bleiben!

Bernhard Nolz ist Lehrer i.R., Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF), Vorstandsmitglied der Zeitschrift »Wissenschaft & Frieden« sowie Geschäftsführer des Siegener Zentrums für Friedenskultur (ZFK). Der Text wurde als Vortrag bei der PAXX-Aktionskonferenz »Schulfrei für die Bundeswehr« am 3. März in Mannheim gehalten. In die veröffentlichte Fassung wurden Anregungen, die sich aus der Diskussion über den Vortrag ergaben, einbezogen.

Literatur: Johan Galtung et al.: Neue Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie. Minden 2003 (Bund für Soziale Verteidigung). Index für Inklusion: www.ee-net.org.uk/resources/docs/Index%20German.pdf (am 28.03.2012)



Ute Finckh

Der Aufstand in Syrien und die Medien

Fehlende Berichterstattung über gewaltfreie Proteste bedeutet nicht, dass es sie nicht gibt

Wer regelmäßig Zeitungen liest, stellt bei den meisten Themen fest, dass sich Zeitungen verschiedener politischer Ausrichtung in den Fakten, die sie berichten, oft erstaunlich einig sind und sich erst in der Bewertung bzw. Beurteilung diametral unterscheiden. Spätestens da, wo es um Krieg oder Bürgerkrieg geht, trifft das nicht mehr zu: Hier sind schon die Fakten meist so unsicher bzw. strittig, dass seriöse JournalistInnen eigentlich gar keine Bewertung mehr vornehmen könnten. Was die meisten Zeitungen aber nicht

daran hindert, ihre KommentatorInnen nach dem Motto »jetzt erst Recht!« auf das Thema loszulassen. Im Zweifelsfall wird dann gefordert, dass irgend jemand (vorzugsweise die Vereinten Nationen, die Nato, die EU oder die Bundesregierung) aktiv werden muss, um den Krieg oder Bürgerkrieg unverzüglich zu beenden. Im Zweifelsfall mit militärischen Mitteln. Das wird dann mit herzergreifenden Bildern und Geschichten von Opfern des Krieges oder Bürgerkrieges untermauert¹⁾. Ob eine militärische Intervention die Situati-

on in irgendeiner Weise verbessern würde, wird nur selten gefragt²⁾.

Genau diese Situation haben wir derzeit beim Thema Syrien: Wir wissen einigermaßen verlässlich, dass es seit einem Jahr heftige gewaltfreie Proteste gegen die Regierung gibt, dass die Regierung darauf mit brutaler Gewalt reagiert hat, woraufhin desertierte Soldaten und vermutlich auch andere Regimegegner ihrerseits zu den Waffen gegriffen haben und es spätestens seit Herbst letzten Jahres regelmäßig zu Kämpfen zwischen der Regierung und bewaffneten Regimegegnern kommt, so dass inzwischen zumindest in Teilen des Landes ein Bürgerkrieg herrscht. Alles andere ist unsicher. Es werden zwar Opferzahlen gehandelt (derzeit am häufigsten »knapp 10.000«), aber es ist völlig unklar, wer von den Opfern gewaltfrei Demonstrierende, Unbeteiligte, Mitglieder der staatlichen Sicherheitskräfte oder desertierte Soldaten waren. Völlig unklar ist auch, wie repräsentativ die verschiedenen Widerstandsgruppen für die Gesamtbevölkerung sind, ob und ggf. welche gemeinsamen oder aber sich widersprechenden politischen Ziele sie über die Forderung nach einem Sturz von Präsident Assad hinaus haben, ob der Syrische Nationalrat, der am Ersten April (was leider kein Aprilscherz, sondern eine seriöse Meldung war) auf einer internationalen Konferenz der »Freunde Syriens« als »ein legitimer Vertreter aller Syrer« anerkannt wurde, auch nur für die Regimegegner repräsentativ ist, geschweige denn für die Mehrheit der syrischen Bevölkerung.

Inzwischen mehren sich Presseberichte darüber, dass auch auf das Konto der unter der Bezeichnung »Freie Syrische Armee« zusammengefassten bewaffneten Rebellen massive Gewalttaten gehen³⁾. Die Menschenrechtsorganisation Human Right Watch richtete daher am 20. März 2012 einen offenen Brief an die Führer der syrischen Opposition, in dem sie die ihr bekannten Berichte über Gewalttaten der Rebellen zusammenfasste⁴⁾. Das hinderte den Vorsitzenden des syrischen Nationalrats, Burhan Ghalioun, nicht daran, am 31. März auf der Konferenz der »Freunde Syriens« dazu aufzurufen, die Freie Syrische Armee mit Geld und Waffen zu unterstützen. Ob und wie die Vorwürfe gegen die bewaffneten Rebellen geklärt werden können, ist völlig offen. Die New York Times berichtete kurz danach in ihrem Online-An-

gebot, dass mehrere Golfstaaten bereit seien, insgesamt 100 Millionen US-Dollar für die Bezahlung der Soldaten der Freien Syrischen Armee zur Verfügung zu stellen⁵⁾. Die damit verbundene Botschaft ist klar: Gewalt zahlt sich aus.

Einen kurzen Augenblick lang sah es Anfang des Jahres so aus, als ob es doch noch gelingen könnte, so viel Unterstützung für die gewaltfreie Protestbewegung zu organisieren, dass die Eskalation zum Bürgerkrieg verhindert werden kann. Die Kampagnenorganisation Avaaz hatte bereits früh gewaltfreie Demonstranten unterstützt⁶⁾, in Deutschland hatte sich im Herbst 2011 die Gruppe »Adopt a Revolution« gegründet, die seit Anfang 2012 eine ansehnliche Medienberichterstattung für ihre Unterstützung der gewaltfrei agierenden Local Coordination Committees erreicht hat⁷⁾ und nach eigenen Angaben für die Arbeit dieser Komitees bereits über 100.000 Euro an Spenden gesammelt hat⁸⁾. Aber inzwischen ruft Avaaz zur Einrichtung von Schutzzonen auf, was letztlich ein Euphemismus für eine Militärintervention ist, und spätestens seit der Anerkennung des syrischen Nationalrats als offizielle Vertretung der syrischen Protestbewegung durch zahlreiche Regierungen spielen die Local Coordination Committees in der Berichterstattung keine Rolle mehr. Nur die Neue Züricher Zeitung hat in jüngster Zeit noch darüber berichtet, dass ein Teil der Protestbewegung sich strikt gegen eine Intervention von außen oder bewaffneten Widerstand ausspricht⁹⁾. Wie relevant aber die von der NZZ zitierte Gruppe »National Coordination Body for Democratic Change« ist und ob sie Kontakt zu den Local Coordination Committees hat, wird nicht berichtet.

So bleibt nur, sich gelegentlich klarzumachen, dass das schnell wieder erloschene Medieninteresse an den gewaltfreien Protesten in Syrien nicht bedeutet, dass es sie nicht mehr gibt. Egal, wie sich die Situation in Syrien entwickelt: Früher oder später werden diejenigen, die sich dort seit gut einem Jahr gewaltfrei engagieren, dringend für einen Friedensprozess gebraucht werden. Es ist daher zu hoffen, dass »Adopt a Revolution« sie weiterhin unterstützen kann.

Dr. Ute Finckh ist Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung und Forum Pazifismus-Redakteurin.



1) Besonders krasse Beispiele im Fall Syrien aus den letzten Monaten sind die Artikel von Michael Thumann: »Gesprengte Grenzen« in der Zeit vom 29.3.2012 und von Jonathan Littell: »Die breite Straße des Todes« in der Zeit vom 23.2.2012

2) Eine der wenigen, die diese Frage in den letzten Wochen aufgeworfen hat, ist Andrea Böhm in ihrem Artikel »Retter ohne Regeln« in der Zeit vom 22.3.2012

3) Gabriela M. Keller: »Das Gesetz des Dschungels«, Die Welt vom 9.3.2012; Gabriela Keller, Silke Mertins: »Die Opposition verliert ihre Unschuld«, Financial Times Deutschland vom 28.3.2012

4) www.hrw.org/news/2012/03/20/open-letter-leaders-syrian-opposition

5) Steven Lee Myers: »U.S. Joins Effort to Equip and Pay Rebels in Syria«, New York Times Online, 1.4.2012

6) Vgl. z.B. Gabriela M. Keller: »Wenn das Internet zur Waffe wird«, Die Welt vom 15.3.2012

7) Z.B. Daniel Brössler: »Syrische Opposition bittet um stärkere Unterstützung«, Süddeutsche Zeitung vom 5.1.2012, oder Gabriela M. Keller: »Adoptieren Sie einen Revolutionär«, Die Welt vom 5.1.2012.

8) <https://www.adoptrevolution.org/>

9) Mona Sarkis: »Krieg der Egos bei der syrischen Opposition«, Neue Züricher Zeitung vom 14.3.2012